81. Jahrgang. Nr. 296 — Sonntag, 27. Juni 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschließlich 47,80 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Sachsens 20 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen und Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

„Dresden liegt in der Tschechoslowakei"

Eine tolle Blüte tschechischer Propaganda

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Juni.

Dresden liegt in der Tschechoslowakei! Wenigstens auf einer von Größenwahn diktierten Landkarte, mit der zur Zeit vor allem in Polen eine riesige tschechoslowakische Propaganda getrieben wird. Bescheidenheit war noch nie eine Zier der Tschechoslowaken; aber was sich jetzt tschechische Ueberpatrioten leisten, übersteigt denn doch die kühnsten Träume. Die erwähnte Karte zeichnet das Wunschbild eines Zukunftsstaates, einer unter tschechoslowakischer Führung stehenden Slowenisch-Polnisch-Tschechisch-Lausitzer Union.

Die Karte über diesen Zukunftsstaat, der gewissen Kreisen der Tschechoslowakei vorschwebt, umfaßt zunächst einmal ganz Ungarn. Das neue „Reich" zieht sich dann von Polen bis hinauf nach Ostpreußen, das Memelland und Danzig hin. Im Süden wird die Lausitz, ein Teil Sachsens mit Dresden und auch Breslau einbezogen. Man könnte an einen schlechten Witz glauben, wenn man eine Abbildung dieser Karte sieht. Aber bei den chauvinistischen Tschechoslowaken kann man keine Unterscheidung zwischen Ernst und Scherz machen.

Wie sieht nun die Staatenschöpfung weiter aus? Die Hauptstadt ist Slavograd, auf deutsch soviel wie Slawenburg. Diese Stadt findet sich auch unter einem weniger tönenden Namen nicht auf den gegenwärtig noch geltenden Landkarten, wenn nicht etwa Teschen damit gemeint sein soll. Jedenfalls liegt die künftige Hauptstadt der neuen Westslowenischen Union auf dem heutigen tschechoslowakischen Gebiet. Aus dem begleitenden Text geht hervor, daß Deutschland für die „Rückgabe von 30 Millionen gewaltsam germanisierter Slawen" größere Kolonien erhalten werde, die offenbar die neue Union oder die Tschechoslowakei zu vergeben hat. Man kann wirklich gerührt sein über so viel Großmut. Aehnlicher Großmut wird den Ungarn das Verbleiben im „panslawistischen Verband" erlauben, solange sie ein gefügiges Verhalten zeigen. Sonst müssen sie sich entscheiden, ob sie weiterhin in Europa oder auf einem anderen Kontinent existieren wollen. Interessanterweise ist auch eine Aussiedlung der Gruppen bis hinter den Jenissei und den Balkalsee vorgesehen. Was Polen anbetrifft, so wird es neben der Tschechoslowakei und der „Lausitz" einen gleichberechtigten Teil des neuen panslawistischen Staates unter tschechoslowakischer Führung bilden. Es wird also als Brudervolk ans Herz gedrückt. Das Echo, das das Projekt in Polen gefunden hat, läßt allerdings geringe Hoffnung auf Verwirklichung der westslawischen Union zu.

Man sieht, daß gewisse tschechoslowakische Kreise von großen Sorgen bedrückt sind. Was sind demgegenüber die Nöte, die nicht ohne eigene Schuld in der Tschechoslowakei herrschen. Ganz abgesehen von der unglaublichen Politik, die den Minderheiten gegenüber getrieben wird. Aber dafür hat man keine Zeit. Man muß sich da mit höheren Dingen abgeben, selbst wenn es sich um lächerliche Hirngespinste handelt.

Neuer englisch-französischer Kontrollplan

Gesamte Ueberwachung durch britische und französische Schiffe gefordert

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Juni.

Der Nichteinmischungsausschuß wird sich am kommenden Dienstag, wie bereits kurz gemeldet, mit dem Ergebnis der französisch-britischen Verhandlungen über die Seekontrolle in Spanien beschäftigen. Nachrichten über Paris zufolge, haben diese Unterhaltungen zu einer Einigung über den französischen Vorschlag geführt, die gesamte Kontrolle in Spanien durch britische und französische Kriegsschiffe unter Beteiligung neutraler Beobachter durchführen zu lassen. Außenminister Delbos hat hierauf den Deutschen Botschafter Graf Welcek, den italienischen Botschafter Cerutti und den Vertreter der Valencia-Regierung empfangen und diese von dem Londoner Entschluß in Kenntnis gesetzt.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang bereits Aeußerungen, die von Rom herkommen. Danach steht Italien auf dem Standpunkt, daß das Ueberwachungssystem der vier Mächte eine Einheit darstellt, die mit dem Rückzug Deutschlands und Italiens endgültig zerbrochen ist und nicht einfach durch den Eintritt anderer Mächte in die Lücke wiederhergestellt werden kann.

Man erklärt dazu noch, daß ein Beschluß über die Kontrolle des in Frage stehenden Küstenteils nur durch den Londoner Nichteinmischungsausschuß gefaßt werden könne. Da sowohl Deutschland als auch Italien weiterhin in diesem Ausschuß vertreten sind, könne eine Entscheidung nicht ohne diese beiden Mächte gefällt werden. Deutschland und Italien haben jedoch ihre Unzufriedenheit mit der von England und Frankreich bisher gehandhabten Kontrollmethode hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht.

Englische Wünsche in Bilbao

Bilbao, 26. Juni.

Wie „Daily Telegraph" aus Bilbao meldet, trägt sich die englische Regierung mit dem Wunsch, das britische Konsulat in Bilbao wieder zu eröffnen. Der französische und der deutsche Konsul seien wieder zurückgekehrt, und es wäre für die zahlreichen englischen Geschäftsleute schwer, ihre Büros ohne eine Konsularvertretung wieder in Betrieb zu nehmen. Von den nationalspanischen Behörden werde jedoch erklärt, daß die Franco-Regierung von England nicht anerkannt sei und auch demgemäß nicht die Erlaubnis habe, Konsulate in England zu eröffnen. Es bestehe daher kein Grund, warum die nationalspanischen Behörden eine Konsularvertretung Englands im nationalen Spanien annehmen sollten. Außerdem werde England von den Nationalen angeklagt, durch die Entsendung englischer Nahrungsmittelschiffe und deren Schutz durch englische Kriegsschiffe die Eroberung Bilbaos um mindestens zwei Monate verzögert zu haben.

Der Reichskriegsminister fährt nach Ungarn

Berlin, 26. Juni.

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall v. Blomberg, begibt sich am 28. Juni zu einem mehrtägigen Besuch im Flugzeug nach Budapest, wo er als Gast des königlich ungarischen Honvedministers, General der Infanterie Röder, Einrichtungen und Formationen der königlich ungarischen Honveds besichtigen wird.

Danziger Besuch in Warschau

Danzig, 26. Juni.

Nach Mitteilungen der Pressestelle des Senats statteten der Wirtschaftssenator und stellvertretende Präsident des Senats, Diplomingenieur Huth, am 24. Juni dem polnischen Handelsminister Roman einen Besuch in Warschau ab. Der Besuch trug inoffiziellen Charakter; es fand sich Gelegenheit zur Erörterung einer Reihe von Problemen, die Danzig und Polen eng berühren. Zusammen mit Vizepräsident Huth stattete auch Senator Dr. Großmann den polnischen Gesundheitsbehörden in Warschau einen Besuch ab und hatte hierbei Gelegenheit, einen Einblick in verschiedene Einrichtungen des polnischen Gesundheitsdienstes zu nehmen. Im Rahmen der Besprechungen, die einen freundschaftlichen Charakter tragen, gab Minister Roman zu Ehren der Danziger Gäste ein Essen, zu dem auch Vertreter der Ministerien erschienen waren.

Der lettische Sozialminister †. Der lettische Minister für soziale Angelegenheiten, Rubuls, ist heute früh infolge einer Herzinnenhautentzündung gestorben.

Bolschewistische Priestermorde. Von nationalspanischer Seite wurde eine Liste der von den Bolschewiken ermordeten Geistlichen veröffentlicht. Nach den bisherigen Feststellungen sind allein in der Provinz Santander 450 Priester und Mönche ermordet worden.

Bekenntnis zu Goethe

In der ersten Zeit nach der Machtergreifung, als der revolutionäre Schwung des Nationalsozialismus eine Umwertung vieler Werte brachte, mußte man Befürchtungen hegen, daß aus dem Kultur- und Geschichtsbewußtsein der Deutschen einzelne große Geister herausgerissen werden könnten, weil sie sich nicht ohne weiteres in das neue Denken einordnen ließen oder der neuen Weltanschauung in diesem oder jenem ihrer Werke, Aussprüche und Bekenntnisse nicht „hundertprozentig" entsprachen. Einer solchen Gefahr mußte das Dichten und Denken einer so universalen, nicht leicht zugänglichen Erscheinung, wie es Goethe ist, besonders stark ausgesetzt sein. Und so blieben in jenen Tagen des Umbruchs geringschätzige Urteile über Goethe und auch scharfe Angriffe gegen ihn nicht aus. Meist waren es jugendliche Heißsporne oder blinde Fanatiker, die sich mit Goethes ungeheurer Gedankenwelt und ihren vermeintlichen Widersprüchen nicht abfinden konnten, und die nun munter zu zitieren begannen, um das „Ungeziemende" an Goethe nachzuweisen. Und gerade bei ihm kann man bekanntlich mit geschickt gewählten Zitaten alles beweisen, was man will.

Nachdem fast ein ganzes Jahrhundert, das neunzehnte, Goethes Bedeutung für das deutsche Volk verkannt hatte, mußten alle Goethekenner und Goetheverehrer, die mit dem Wort Schlegels den Großen von Weimar als die Basis unserer Bildung betrachten, ernste Besorgnisse tragen für seine neuerliche Verkennung. Vom übernationalen Weltbürger, Propheten des Liberalismus, lebensfernen Verehrer der Antike ging die Rede, und solche Schlagworte fanden bei allen, die Goethe entweder gar nicht oder nur unzureichend kennen, willige Ohren. Die Kulturrede, die Adolf Hitler 1935 auf dem Reichsparteitag gehalten hat, setzte dem willkürlichen Herausreißen der großen deutschen Männer aus ihrem geistes- und zeitgeschichtlichen Zusammenhang und der posthumen Zuerkennung von mehr oder minder viel nationalsozialistischem Gedankengut endgültig ein Ende. Der Führer beseitigte damit eine schwere Gefährdung des deutschen Kulturbewußtseins und bekannte sich zu der organisch gewachsenen Vielfältigkeit unseres geschichtlichen Werdens.

Diese Entscheidung führte zu einem immer stärkeren Beschäftigen mit Goetheschem Denken, und mit dem Bekenntnis, das der Reichsjugendführer Baldur von Schirach in seiner kürzlich gehaltenen Weimarer Rede zu Goethe abgelegt hat, ist die größte Erscheinung der Geistesgeschichte mitten in das gegenwärtige Leben, mitten in den neuen völkischen Aufbau und mitten in das weltanschauliche Ringen unserer Tage gestellt. Daß es gerade die Jugend ist, die dieses Bekenntnis abgelegt hat — denn Baldur von Schirach sprach ausdrücklich im Namen der deutschen Jugend —, erfüllt uns mit besonderer Freude. Ein Bekenntnis zu Goethe darf aber nicht ein Lippenbekenntnis sein, und man kann Goetheerkenntnis und Goetheverehrung nicht befehlen. Das größte Erleben seiner Gedankenwelt wird sich zunächst immer nur dem einzelnen erschließen, der sich in diese Welt vertieft und sie zu fassen sucht. Eine Welt, die erfüllt ist von einer einzigartigen Totalität des Lebens und Denkens und einer kaum wieder erreichbaren Universalität des Wirkens und Wissens — eine solche Welt erschließt sich nicht beim ersten Anklopfen. Deshalb wird die Goetherenaissance, die sich heute anbahnen will, gleichzeitig eine Frage des Wachsens und Reifens unserer Jugend sein, und ihre Auswirkungen werden sich vielleicht erst in Jahrzehnten zeigen.

Dann aber, wenn die Besten der Jugend für Goethe reif geworden sind, wird sich seine Bedeutung für die Gemeinschaft in einem Umfange wie nie zuvor erweisen. Es ist entweder der völligen Unkenntnis des Goetheschen Lebens und Schaffens oder aber böswilligen Verdrehungsversuchen zuzuschreiben, wenn man noch immer von dem schrankenlosen Individualisten spricht, der angeblich für Nation und Volk, Gemeinschaft und Opferbereitschaft nichts übrig gehabt hat. Ganz abgesehen davon, daß Goethes Leben und Handeln zeitbedingt war, hat er sich doch weit über die Enge des weimarischen Herzogtums erhoben und ein National-

Heute Beilage:

Die Frau und ihre Welt